



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/228 - 3. Oktober 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zum Prozess in Posen	S. 1
Italienische Atomsorgen	S. 3
Die Kritik des Rechnungshofes	S. 5

## Das Regime auf der Anklagebank

sp. Der juristische Prozess gegen einige junge Arbeiter, die sich an dem Aufstand in Posen vom 28. Juli d. Js. beteiligten, ist eine der erstaunlichsten Markierungen im politischen Entwicklungsprozess der Entstalinisierung im Bereich der Ostblockstaaten. Fast hat es den Anschein, als ob bisheriger Verlauf und mutmassliches Ergebnis der Gerichtsverhandlung in Posen an grundsätzlicher Bedeutung sogar die Ereignisse selbst in den Schatten stellen werden, auf denen der Prozess fusst.

Ein Staatsanwalt klagt jene an, "die durch bösen Willen, Nachlässigkeit, durch 'Trennung von den Massen' und durch Verantwortungslosigkeit dazu beigetragen haben, eine Lage zu schaffen, die auf so tragische Weise die Unzufriedenheit wiedergab, die unter der arbeitenden Bevölkerung von Posen vorherrschte";

ein amtlich bestellter Gutachter, der sich zu den Auswirkungen von Massenhysterie auf die Verhaltensweise von Einzelpersonen äussert, spricht wie selbstverständlich von einem "in vielen Jahren angesammelten Hass der Massen gegen die Sicherheitspolizei";

ein Gerichtshof, der Klagen der Angeklagten berücksichtigt, wonach sie bei ihrer Vernehmung durch die Miliz misshandelt worden seien, und der verfügt, dass auf Grund dieser Misshandlungen zustandgekommene Geständnisse bei der Urteilsfindung nicht in Betracht gezogen werden dürfen;

der Vorsitzende einer vom polnischen Parlament ernannten Kommission, der die Regierung auffordert, zunächst einmal gegen diese, der Gefangenenmisshandlung beschuldigten Sicherheitsorgane vorzugehen und die Prozesse gegen die Demonstranten selbst einstweilen auszusetzen;

zwei stellvertretende Minister - der für die Grundindustrie und der für den Aussenhandel - die jetzt entlassen wurden, weil sie es unterlassen hatten, den Beschwerden der Posener Arbeiter Gehör zu schenken und die für die schroffe Behandlung verantwortlich ge-

3. Oktober 1956

nacht werden, die einer Arbeiterdelegation in Warschau zuteil geworden war;

ein Prozess schliesslich, der, ein Novum in der Justiz des Ostbereiches, unter den Augen einiger kritischer westlicher Beobachter stattfindet und über den in der polnischen Öffentlichkeit relativ frei und objektiv berichtet wird.

Polen ist von Beginn an und schon vor dem XX. Kongress der KpdSU darauf bedacht gewesen, sich eine gewisse Bewegungsfreiheit gegenüber den Moskauer Direktiven zu erhalten. So wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft nicht mit letztem Eifer betrieben, und die polnischen Titoisten verschwanden zwar von der politischen Bildfläche, aber das Schicksal eines Rayk und eines Kostoff blieb ihnen erspart. Nach der grossen Anklagerede Chruschtschows gegen den toten Stalin setzte alsbald eine erstaunlich freimütige politische Diskussion auch in der Öffentlichkeit ein. Sicherlich ist die letzte Ursache für diesen nationalen Behauptungswillen die Tatsache, dass das polnische Volk sich eine grössere innere Geschlossenheit bewahrte und auch führende polnische Kommunisten sich dieser Grundstimmung ihres Volkes nicht entziehen konnten und wollten.

Aber wie überall im Bereich der Ostblockstaaten und in der Sowjetunion selbst gibt es auch in Polen im Prozess der Entstalinisierung, zu dem von allem auch der Abbau des Polizeiterrors gehört, retardierende Momente. Noch sitzt Marschall Rokosowski an Hebel der militärischen Macht in Polen, noch fürchten viele frühere Stalinanhänger, dass mit der innenpolitischen Auflockerung im Sinne einer zunehmenden Demokratisierung und Varsenscklichung eine von ihnen nicht mehr kontrollierte Entwicklung eintreten kann. Denn neben den Rufen nach Brot und mehr Freiheit wurde auch der Wille laut, die Russen aus dem Lande zu haben.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese Vorgänge und Entwicklungen, weithin sichtbar in Polen, weniger erkennbar in den anderen Ostblockstaaten, mit einem Hintergrund für die Gespräche Titos mit den Männern des Kredo abgeben. Von ihnen gehört Chruschtschow zu denen, die die Entstalinisierung wollen, auch wenn das mit seiner gewissen Lockerung der Bindungen der Satelliten an Moskau verknüpft sein sollte. Auch er und seine engsten Freunde begegnen dabei immer noch erheblichem Widerstand im Führungskollektiv der Sowjetunion. Vielleicht wird der Ausgang der Posener Prozesse näheren Aufschluss darüber geben, wo heute und in absehbarer Zeit die Grenzen der Entstalinisierung liegen. Dass Tito sie recht weit gezogen wünscht, geht aus seiner Politik der letzten Jahre klar hervor.

### Energiearmut - Mangel an Atomwissenschaftlern

PE - Rom, Anfang Oktober

Mit starker Verspätung rückt jetzt auch Italien in die Reihe der Länder auf, die sich der Erschliessung der nuklearen Energie in industriellem Maßstab zuwenden wollen. In Fachkreisen ist man freilich der Meinung, dass diese gesetzliche Regelung des ganzen damit zusammenhängenden Fragenkomplexes reichlich spät kommt, nachdem bereits kostbare Jahre ungenutzt verstrichen sind. Dieses Versäumnis erscheint um so bedenklicher, als Italien voraussichtlich in naher Zukunft mehr noch als manches andere Land Europas auf Atomenergie als industrielle Kraftquelle angewiesen sein wird.

Italien verfügt über so gut wie gar keine Kohlenvorkommen und muss daher den Grossteil seines Brennstoffbedarfs für thermische Kraftwerke aus dem Ausland beziehen. Bisher hat man sich dadurch zu helfen gewusst, dass man die insbesondere im Norden des Landes reichlich vorhandenen Möglichkeiten der Stromerzeugung aus Wasserkraften weitgehend genutzt hat. Aber die noch auswertbaren alpinen Kraftreservoirs sind heute bereits dermassen verknappt, dass mit einer erheblichen Steigerung der Energieproduktion aus diesen Quellen kaum mehr gerechnet werden kann. Mittel- und Süditalien kommt für die Elektrizitätserzeugung nur in sehr beschränktem Ausmass in Frage, da es dort weitgehend an Flüssen und aufstaubaren Gebirgsgebässern von ausreichender Ergiebigkeit fehlt.

Andererseits aber nimmt der Energiebedarf Italiens dauernd zu, und zwar ist es gerade Unteritalien, wo sich die Knappheit an elektrischem Strom der so dringend notwendigen Industrialisierung weiter Kleinstgebiete als Hauptschwierigkeit in den Weg stellt. Noch ist ja der italienische Energiekonsum, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, abnorm niedrig (700 Kilowattstunden), und Italien rangiert damit unter den 18 Teilnehmerstaaten der OEEC an fünfletztster Stelle, gefolgt nur noch von Irland, der Türkei, Portugal und Griechenland, also von Ländern, deren Industrialisierung noch in den Kinderschuhen steckt.

Die in den letzten Jahren erbohrten, sehr bedeutenden Erdgasvorkommen insbesondere in der Poebene, haben wesentlich dazu beigetragen,

das Energie-Defizit Italiens zu verringern. Aber mit einer unbegrenzten Ausweitung der Erdgasproduktion kann keinesfalls gerechnet werden, ja man wird eines Tages froh sein müssen, wenn diese nicht rückläufig wird.

Somit bleiben Erdöl und Atomkraft als die möglichen Energiequellen, die den ständig steigenden italienischen Bedarf auf längere Sicht decken können. Was jedoch das Erdöl angeht, so haben ja gerade die allerjüngsten Ereignisse gelehrt, wie gefährlich die Abhängigkeit von überseeischen Rohöllieferanten werden kann. Überdies aber ist man in Italien, wo man auf die eben erst angelaufene nationale Erdölproduktion keine übertriebenen Hoffnungen setzen will, eher geneigt, angesichts des ständig steigenden Weltkonsums mit einer allmählichen Verknappung der Rohölsituation in den kommenden Jahren zu rechnen.

Es liegt also nahe anzunehmen, dass die italienische Energiewirtschaft über kurz oder lang darangehen wird, sich auf die Kernspaltung als Lieferantin der erforderlichen zusätzlichen Energiemengen einzurichten. Dieser Gedanke jedoch verursacht den unterrichteten Fachkreisen grosse Sorgen, weil man sich darüber im klaren ist, dass es bis heute in Italien nicht nur keine Atommeiler gibt, sondern - was noch schlimmer ist - so gut wie keine wissenschaftlich ausgebildeten Kräfte für die Errichtung und Bedienung von Atomkraftwerken.

Der Staat hat sich bisher so gut wie gar nicht um die Heranbildung von praktischen Atomwissenschaftlern gekümmert. Wie aus einem Referat auf einem kürzlich in Turin abgehaltenen Kongress der Atomwissenschaftler hervorging, wird in Italien heute nur ein Tausendstel-Prozent des Nationaleinkommens auf die Kernforschung im engeren Sinne verwendet, gegen rund ein Prozent, also das Tausendfache, in England und Amerika. Italien gibt für Atomstudien nicht viel mehr aus als das siebenmal bevölkerungsärmere Norwegen. Die norwegische Regierung beschäftigt um rund ein Drittel mehr Atomtechniker als Italien; aber auch von einer ausgiebigen Finanzhilfe der Privatindustrie für die Atomforschung ist in Italien bisher kaum die Rede.

Man muss sich also fragen, ob es morgen möglich sein wird, in Italien eine Atom<sup>en</sup>nergieproduktion grösseren Stils aufzuziehen, ohne

ausländische Fachkräfte in Massen heranzuziehen. Dies aber wäre, wie man hier meint, angesichts der grossen internationalen Konkurrenz auf diesem Felde mit grossen Schwierigkeiten und Kosten verbunden, ist doch sogar bereits eine Abwanderung der wenigen ausgebildeten italienischen Atomfachkräfte ins Ausland festzustellen. Ausser diesen praktischen Erwägungen aber empfinden die italienischen Kenner der Verhältnisse es als höchst beschämend, dass die Nation, die einen Enrico Fermi hervorgebracht hat, möglicherweise nicht instande sein wird, ihren Bedarf an Atomfachleuten im eigenen Lande zu decken.

+ + +

### Bürokratie kostet Geld - Verwaltung ist billiger

W.P. Es kennzeichnet den Grad der Stabilisierung unseres staatlichen Lebens, dass der Bundesrechnungshof, dem die finanzielle und administrative Kontrolle der Bundesministerien und -verwaltungen obliegt, bereits drei Monate nach Schluss des Haushaltsjahres 1955 seine Denkschrift über die Ergebnisse seiner Prüfungstätigkeit im Rechnungsjahr 1955 vorgelegt hat. Diese erhebliche Beschleunigung wird allerdings durch die jetzt vorgenommene Trennung des Prüfungsberichts von der noch ausstehenden - Stellungnahme zur Bundeshaushaltsrechnung ermöglicht. Vergewahrtigt man sich aber, dass der Prüfungsbericht für das Rechnungsjahr 1952 gemeinsam mit den Bemerkungen zur Bundeshaushaltsrechnung erst im November 1955 vorgelegt werden konnte, so wird der Vorteil der neuen Regelung offenbar. Sie unterrichtet die Öffentlichkeit frühzeitig über aufgedeckte Mängel und gibt überdies dem Bundestag rechtzeitig auswertbares Material an die Hand.

Inhaltlich richtet sich die Kritik des Bundesrechnungshofes im wesentlichen gegen die gleichen bürokratischen Auswüchse der Bundesverwaltung, wie in den früheren Berichten. So scheint die unwirtschaftliche Durchführung staatlicher Bauvorhaben und die Grosszügigkeit, mit der mit öffentlichen Mitteln umgegangen wird, nicht überall abgestellt worden zu sein. Nach wie vor bezängelt der Rechnungshof, dass die Baubehörden es "vorläufig versäumten, baureife Pläne, genaue Kostenberechnungen und vor allem gültige Kostenanschläge aufzustellen", so dass mangels vollständiger Ausschreibunterlagen ein einwandfreier Wettbewerb nicht möglich war. Auf diese Weise konnten Unternehmer im Wege von Preisabreden überhöhte Angebote abgeben, ohne dass dies durch

Nachkalkulation festgestellt werden konnte. Zahlreiche Fälle von Preisabreden wurden aufgedeckt. Vom Bund sind Grundstücke mit ungünstigen Eigenschaften angekauft worden, so dass zu ihrer Aufbereitung erst kostspielige Erdarbeiten notwendig waren. Auch kritisiert der Bericht eine übertriebene Ausstattung von Sitzungssälen und einen ungerechtfertigten Aufwand bei der Ausstattung von Präsidentenzimmern. Andererseits beanstandet er Verstösse gegen die Mindestvorschriften für Schall- und Wärmeschutz im öffentlichen Wohnungsbau - ein geradezu bemerkenswertes Gegenüber von Repräsentationssucht und Nachlässigkeit!

Der Bundesrechnungshof hat gegen das Ausmass der Nebentätigkeiten der Beamten, insbesondere die Wahrnehmung einer grösseren Zahl von Aufsichtsratsposten, Bedenken angemeldet und eine Nachprüfung der Frage gefordert, ob durch die Nebentätigkeiten eine Beeinträchtigung der dienstlichen Interessen zu befürchten sei. Er bemängelte auch, dass Nebeneinnahmen, die sich aus diesen Nebentätigkeiten ergeben, soweit sie die zulässigen Freigrenzen übersteigen, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig an den Bund abgeliefert worden seien. Eine Verteuerung der Verwaltung sei im übrigen durch die erheblich gestiegene Zahl der Dienstreisen entstanden. Es sollte sorgfältig geprüft werden, ob die zu behandelnden Fragen nicht auch auf schriftlichem Wege geklärt werden könnten.

Aber abgesehen von diesen Anzeichen bürokratischer "Grosszügigkeit" ist es hauptsächlich die mangelnde Gesamtplanung, sowohl hinsichtlich des innerhalb des Bundes und in den Ländern unterschiedlichen Besoldungs- und Tarifrechts, als auch der Ausgaben des Verteidigungsministeriums, die der Bundesrechnungshof beanstandet. Da die geforderte Vereinfachung des Besoldungsrechts mit folgender Verringerung des Personalaufwands und Verbilligung der Verwaltung ebenso wie eine wirtschaftliche Kontrolle der Verteidigungsausgaben gleichermassen dazu dienen, der Allgemeinheit vermeidbare Kosten zu ersparen, erscheinen die Beanstandungen des Rechnungshofs berechtigt. Was bereits im Zusammenhang mit der Bautätigkeit des Bundes gesagt wurde, trifft angesichts der forcierten Aufrüstung in noch stärkerem Masse auf die Rüstungsausgaben zu. Wann werden die Kostenanschläge aufgestellt, werden Preisangebote nachkalkuliert und Preisabreden verhindert? Eine umfassende Gesamtplanung ist eben - wie der Bundesrechnungshof fest-

stellt - "unerlässliche Voraussetzung für eine wirtschaftliche Bedarfsdeckung ..."

Sie ist jedoch auch zur sinnvollen Eingliederung der Verteidigungsmassnahmen in den volkswirtschaftlichen Ablauf erforderlich, sollen empfindliche Störungen der deutschen Volkswirtschaft vermieden werden. Angesichts der sprichwörtlichen Scheu dieser Regierung vor allem, was Planung heisst, erscheint die Kritik des Rechnungshofes besonders bemerkenswert.

+ + +

### SPD im Berliner Ostsektor

Landesvorstand und Landesausschuss der Berliner SPD haben sich mehrfach mit der Arbeit der sozialdemokratischen Organisation im Ostsektor beschäftigt. Nach den angeblichen Liberalisierungstendenzen im sowjetischen Machtbereich wurde der Landesvorstand nach ausführlicher Diskussion beauftragt, zunächst einmal geeignete Schritte zu unternehmen, um die Behauptungen auf die Probe zu stellen, denen zufolge in Zukunft gewisse Rechtsbrüche im Ostsektor rückgängig gemacht werden sollen.

Neben einzelnen anderen Punkten hob der Landesausschuss folgende zwei Punkte für das Verhalten der Sozialdemokraten im Ostsektor hervor:

1. Der Landesausschuss stellt fest, dass die Sozialdemokratische Partei ihre Tätigkeit in den vergangenen Jahren nicht freiwillig einschränkte, sondern sie unter dem Druck des SED-Regimes einschränken musste. Möglichkeiten einer Rückgewinnung politischer Bewegungsfreiheit werden durch die zuständigen Körperschaften des Landesverbandes aufmerksam zu prüfen sein.

2. Die SPD wird keine Verniedlichungen der Zustände im Ostsektor und in der Zone zulassen. Über die Freilassung aller politischen Gefangenen hinaus wird die SPD unbeirrt für die freie demokratische Entscheidung der Bevölkerung im Sektor und in der Zone kämpfen.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau